

Wie mächtig ist der Neoliberalismus in und nach der Großen Krise?

Im Allgemeinen wird bei der Betrachtung der gegenwärtigen Situation die Labilität hervorgehoben. Insofern ist es vielleicht verwunderlich, von Schwächen und Stärken des Neoliberalismus zu sprechen. Labilität und Suche nach neuen Entwicklungswegen wird oft fälschlich mit Schwäche gleich gesetzt. Tatsächlich muss man jedoch konstatieren, dass entgegen vieler Erwartungen die bestehenden Machtstrukturen in der Lage waren, mit entsprechenden politischen Entscheidungen und ökonomischen wie auch sozialen Instrumenten einen Ausweg aus dem Tiefpunkt der Krise seit 2007 zu finden. Das war nicht Ergebnis der Weitsichtigkeit politischer oder wirtschaftlicher StrategInnen. Vielmehr ist diese Fähigkeit Ergebnis institutioneller, wirtschaftlicher und ideologischer Veränderungen, die das Entstehen entsprechender Interessenstrukturen in der Gesellschaft möglich gemacht haben. Die gefundenen Lösungen sind sicher nur zeitweilig, die mitunter erwartete grundlegende Erschütterung der Machtstrukturen blieb aber aus. Es ist zu einer durchaus teilweise scharfen Strategieauseinandersetzung in den herrschenden Kreisen gekommen, auch zu durchaus auf ihre Weise erstaunlich konsequenten Schritten in Politik und Wirtschaft. Bei aller Kritik - der (wenn auch halbherzige) Atomausstieg oder die Orientierung auf Elektromobilität sind strategische Weichenstellungen. Die grundlegende Linien der Politik der letzten 20 Jahre wurde aber nicht in Frage gestellt: Privatisierung, Schwächung der Position der Lohnabhängigen, Umverteilung nach Oben, Standortkonkurrenz. Im Rahmen der Diskussionen zu Veränderungen des Wachstumsbegriffs, zu einem Green New Deals, um einen Grünen Kapitalismus oder eine Neue (gar weltweite) Soziale Marktwirtschaft (neue Ordnungspolitik) wird dieses Koordinatensystem nicht verlassen. Die Eigenheit der Stärke des Neoliberalismus beruht auf seiner derzeitigen Fähigkeit, gesellschaftliche Widersprüche zu eskalieren und ihnen gleichzeitig Bewegungsraum zu geben.

Diese Grundstärke des gegenwärtigen Systems ist seine Fähigkeit, der Globalisierung einen Rahmen zu geben - wie schmerzhaft die damit verbundenen sozialen, ökonomischen und kulturellen Prozesse auch sein mögen. Über die Entfaltung der Finanzmärkte und die Entwicklung immer neuer Formen fiktiven Kapitals ist es in der Lage, immer wieder Ressourcen in allen

Teilen der Welt und aus allen sozialen Schichten als Kapital zu aktivieren. Das schließt für Teile der lohnabhängigen Schichten nach wie vor ein, dass das Versprechen von mehr bzw. anderem Konsum oder Persönlichkeitsentfaltung in diesem System realisierbar scheint, wenigstens individuell. Neue Lebens- und Protestweisen sind immer noch und immer wieder integrierbar. Zudem ist es auf diesem Wege gelungen, die neuen aufstrebenden Wirtschaftsmächte (wie etwa die BRIC-Staaten) in das bestehende Herrschaftssystem zu integrieren und den anstehenden Kämpfen um die Neuverteilung von Macht einen Rahmen zu setzen. Diese Stärke ist jedoch auch seine entscheidende Schwäche. Diese Vollendung der Globalisierung bedeutet, dass jede Störung der Kapitalkreisläufe sich schnell zu einer globalen Krise entfalten kann. Hinzu kommt, dass Privatisierung und Umverteilung beständig die politische Stabilität untergraben, die ein solches hochvergesellschaftetes System erfordert. Dies gilt in potenziertem Maße für die globalen Konflikte und Probleme - Hunger, Wassermangel, Migration. Die Finanzialisierung der Rohstoff- und Agrarmärkte, Landgrabbing oder das Problem der Biodiversität stabilisieren und destabilisieren das System gleichermaßen. Es gilt wie immer: Die Lösung der einen Krise produziert die Voraussetzungen der nächsten. Plastisch wurde dies an der Stabilisierung 2010, die fast völlig auf einer weltweiten Ausweitung der Staatsverschuldung beruhte, mithin die Grundlagen für die jetzige Schuldenkrise schuf. Das betrifft auch die politische Ebene. Ausdruck sind neue Protestbewegungen teilweise jenseits traditioneller parteipolitischer und Bewegungslogiken (wie gerade in Griechenland, Spanien und Portugal) und Versuche alternativer Vergesellschaftung, wie etwa in Südamerika (Alba, Banco del Sur).

Die Schwäche der linken und sozialen Bewegungen stärkt sowohl die Stärken, wie auch die Schwächen - sie verstärkt die Stärken, weil kein Gegengewicht wirkt - sie verstärkt die Schwächen aus genau dem gleichen Grund. Die Schwäche der Linken macht blind für sich anstauende Konflikte. Die Lethargie und die Passivität wie wir sie in Deutschland beobachten wird dementsprechend von der herrschenden als Zustimmung interpretiert - die sich hier anstauende Wut wird z.T. nicht, z.T. wenig verstanden.¹ Soweit sie begriffen wird, scheint sie aber mit polizeilichen (nach

¹ Vgl. z.B.: Detje, R. u.a.: Krise ohne Konflikt? : Interessen- und Handlungsorientierungen im Betrieb; die Sicht der Betroffenen, Hamburg 2011, S. 144f.

innen) oder militärischen (nach außen) Mitteln beherrschbar, da klassische organisatorische Formen nicht fassbar sind. Das bedeutet weiter, dass die ohnehin engen Beziehungen zwischen den Aspekten Entwicklung des Sozialstaates, Finanz- und Haushaltspolitik, Wirtschaftspolitik und Innenpolitik noch intensiver werden. Ich möchte mich in meinem Beitrag auf den Aspekt der institutionellen Veränderungen auf der staatlichen Ebene eingehen, die für die Konstituierung von Widerstand und alternativer Politik entscheidende Bedingungen setzt. Zur Erläuterung dessen möchte ich folgende Thesen formulieren:

1. Stärken und Schwächen des Neoliberalismus stützen sich auf langfristige Veränderungen, die in Vorkrisenzeiten eingeleitet wurden. Seit den neunziger Jahren sind Weichenstellungen durchgesetzt worden, die die Krisenbearbeitung in der dann realisierten Form ermöglichten und die in der Krise dann ihre politische Fixierung, ihre Vollendung fanden. Dies ist weitgehend bekannt und akzeptiert. Aber damit haben sich auch die Menschen, die in den sich verändernden Institutionen handeln verändert. Diese Veränderungen sind für politisches Handeln die zentralen. Dabei seien folgende Elemente hervorgehoben.
 - a. Wir sprechen heute hier über den Sozialstaat - betrachten wir daher an erster Stelle die Veränderungen des Staates. Der Staat, genauer der Öffentliche Dienst bzw. die Verwaltungen vermitteln zwischen dem politischen Willen (der Legislative) und der Lebensrealität der Gesellschaft. Seit den neunziger Jahren ist dieser vermittelnde Bereich mehrfach und in seinen verschiedenen Teilen reformiert worden. Aufgaben wurden ausgelagert und z.T. privatisiert, öffentliche Leistungen erst in Form von Kapitalgesellschaften als öffentliche Unternehmen ausgelagert und dann auch privatisiert, mit dem Neuen Steuerungsmodell (NSM), den Neuen kommunalen Finanzmanagement (NKF) und der Einführung der Doppik (der doppelten Buchführung im Öffentlichen Dienst) wurden betriebswirtschaftliche Prinzipien in die Verwaltung eingeführt. BürgerInnen wurden zu Kunden. Dies alles war begleitet von einem enormen Personalabbau. Betriebswirtschaftliches Denken - und NUR betriebswirtschaftliches Denken - wurde so zum Normal des

Verwaltungshandelns gemacht. Vor allem auf der kommunalen Ebene sind damit enorme Verluste politischer Steuerungsfähigkeit verbunden. Politische Entscheidungen laufen bereits im Prozess der Entscheidungsfindung den Filter betriebswirtschaftlichen Denkens.² Mit den Reformen der Bundesanstalt für Arbeit (bzw. ihrer Nachfolgeeinrichtungen) und den Veränderungen der Rahmensetzungen für die anderen Zweige der Sozialversicherungen wurden hier analoge Prozesse eingeleitet.³ Widerstand wurde durch die Gleichzeitigkeit und Vielschichtigkeit dieser Reformprozesse weitgehend zerrieben.

- b. Auf dem Gebiet des Sozialen selbst sind die Hartz-Reformen (nicht nur Hartz IV) nach wie vor das Schlüsselereignis. Dies, die Absenkung des Rentenniveaus, Einschränkungen der Leistungskataloge der Gesetzlichen Krankenversicherung und der Rentenversicherung, die Erweiterung der Möglichkeiten von Leiharbeit usw. usf. haben in kurzer Zeit die Machtposition der Lohnabhängigen, vor allem ihre Solidarisierungsfähigkeit, aus verschiedenen Richtungen untergraben. Die ohnehin kaum funktionsfähige Selbstverwaltung der Sozialversicherung wurde völlig paralysiert. Hier machten sich die Herrschenden eine Schwäche der Bewegungen der Lohnabhängigen zunutze: Teile der Bewegungen kämpften immer gegen die Systeme wegen ihres teilweise repressiven Charakters, andere Teile sahen in ihnen bloße Geldverteilungsanstalten, nicht als Möglichkeiten der Organisation. Sie waren (und sind) kein Gegenstand, der verteidigungswert erschien. Die Bewegungen konnten diesen multiplen Angriff nicht abwehren und haben sich von diesen Schlägen noch nicht wieder erholen - oder entsprechend diesen neuen Bedingungen neu konstituieren können.

² Dazu ausführlich: Brangsch, Lutz: Überlegungen zu Veränderungen des Staates in der Krise. In: Krause, Günter (Hrsg.): Kapitalismus und Krisen heute - Herausforderungen für Transformation, Berlin 2011, S. 41-61

³ Vgl. jüngst: Fischbach, Stefanie: Auf dem Weg zur Professionalisierung? Die ‚Verbetriebswirtschaftlichung‘ Sozialer Arbeit am Beispiel einer Behinderteneinrichtung, München/Mering 2011, S. 180-182

- c. Die (in Deutschland implizite) Privatisierung sozialer Sicherung hat vor allem die Alterssicherung in engste Abhängigkeit vom Finanzmarkt gebracht. Damit wurden und werden enorme Umverteilungsprozesse von den Lohnabhängigen weg realisiert. Mehr noch - Altersversorgung wird von der Fähigkeit, sich am Arbeitsmarkt maximal zu vermarkten abhängiger. Dies ist eine zentrale Vorgabe und Handlungslinie der EU, die auch in der tiefsten Krise diese Linie durch peer reviews usw. verfolgt hat. Welche Folgen das weitergehend für das politische Verhalten der Versicherten hat, wird sich zeigen. Die Privatisierung der Alterssicherung, aber genauso der Krankenversicherung und die der Leistungserbringung im Gesundheitswesen (vor allem Krankenhäuser und Pflege) lässt soziale Sicherung immer weniger als gesellschaftliche, sondern immer mehr als private Angelegenheit erscheinen.
 - d. Um das Jahr 2000 herum erlebt das Bürgerschaftliche Engagement seitens der Regierung und weiterer Organisationen, etwa der Bertelsmann Stiftung eine deutliche Aufwertung. Dies betrifft das Ehrenamt, BürgerInnenbeteiligung an Verwaltungsentscheidungen oder CSR-Strategien (Corporate Social Responsibility). Die paternalistischen Züge der sozialen Sicherung und des Gesellschafts- und Menschenbildes der Sozialen Marktwirtschaft Erhardscher Prägung wurden so wieder verstärkt in die Gesellschaft gebracht.
2. Diese Entwicklungen haben die Exekutive verändert und sie befähigt, in der Krise die entscheidende Rolle bei der Stabilisierung 2009/2010 zu spielen. Die Organisation und Tätigkeit der Rettungseinrichtungen lagen faktisch allein in exekutiver Hand, außerhalb demokratischer Kontrolle. Die mit den Privatisierungen eingeleitete Zurückdrängung politischer Steuerungsfähigkeit der legislativen Ebene, also des Bundestages, der Landes- und Kommunalparlamente, findet hier seine Fortsetzung. Mit der Durchsetzung der Schuldenbremse als Prinzip von Haushaltspolitik wird sich dieser Trend verstärken. Selbst eine schwache Regierung kann so nur in einem bestimmten Maße destabilisierend wirken. Selbst eine engagierte Kommunalvertretung wird durch die Haushaltspolitik gefesselt - wenn sie nicht in einen Konflikt treten will - und/oder kann. Solch ein Widerstand,

soll er erfolgreich sein, setzt Rückhalt bei WählerInnen und EinwohnerInnen voraus. Dies wiederum erfordert Parteien und eine Parlamentsarbeit, die offen gegenüber der Gesellschaft ist. Inwieweit die Auseinandersetzungen um die Zustimmung zu Maßnahmen des EU-Rettungspaketes durch den Bundestag diese Tendenz der „Verexekutierung“ brechen werden, ist abzuwarten. Das gerade vom Bundesverfassungsgericht ergangene Urteil in dieser Frage fixiert die Mitwirkung des Bundestages auf den Haushaltsausschuss, also einen Bruchteil der ParlamentarierInnen.⁴ Ein weiterer Aspekt der Stärkung der Exekutive ist in der zunehmend repressiven Politik der Sozialversicherungen sowie in der Innen- und Sicherheitspolitik zu finden. Generell liegen diese Tendenzen durchaus auf der Linie, die von Merkel mit ihrer Vorstellung einer „globalen sozialen Marktwirtschaft“ verbindet. Der paternalistische Zug im Sozialen, also die Bindung von sozialen Leistungen an Wohlverhalten, mitunter gekleidet in die Formel des „Förderns und Forderns“, wird zunehmend zum bestimmenden Merkmal des sich neu konstituierenden Sozialstaates.

3. Es ist gelungen, die Haushaltspolitik zum unmittelbaren Instrument der Regulierung sozialer und politischer Beziehungen zu machen. Die Kombination der Schuldenbremse mit einem faktischen „Verbot“ (im Sinne der Nichtdurchsetzbarkeit) von massiven Steuererhöhungen auf der einen und die aktive Rolle der EU bei der Bestimmung der Wege der Haushaltskonsolidierung in den einzelnen Mitgliedsländern auf der anderen Seite ist das entscheidende Instrument zur Strukturierung von Politik geworden. Ausmaß der Verschuldung und der Haushaltskrisen wie auch der anvisierte Weg der Lösung der Krise wirken vor allem paralysierend. Und sie sind über die Bewegung der Staatsanleihen als Anlagemedium mit einer unübersichtlichen Vielzahl von Interessen verbunden. Das Prinzip „zu groß, um fallengelassen zu werden“ ist auf die Staatsschuld übertragen worden und präjudiziert politische Entscheidungen, verleiht ihnen den Nimbus des Unabänderlichen. Fakt ist, dass die Staatsverschuldung zu einem Faktor geworden ist, der nicht mit dem Hinweis auf künftiges Wachstum mehr aus der Welt geschaffen werden kann. In diesem Zusammenhang wird

⁴ <http://www.bundesverfassungsgericht.de/pressemitteilungen/bvg11-055.html>
(Stand 20.09.2011)

Sozialpolitik über Haushaltspolitik synchronisiert - d.h. die Konfliktlagen werden sich ähnlicher werden - bei Beibehaltung der sonstigen nationalen Spezifika sozialer Sicherung. Es wird damit keine EU-Sozialpolitik geschaffen, wohl aber (wenigstens implizit) eine Vereinheitlichung gewisser sozialer Standards und Prinzipien vorgenommen.

4. Zentral ist weiter der Verlust sozialer Räume (im physischen Sinne, im Zeitsinne, im geistigen Sinne) und entsprechender Räume sozialen Lernens. Privatisierung, Prekarisierung und Flexibilisierung laufen in diesem Punkt zusammen - die klassischen Möglichkeiten der Konstituierung von Gegenmacht, von Solidarisierung und Organisation sind bisher nicht neu begründet. Bewegung bleibt derzeit noch fragmentiert - es ist noch nicht einmal eine „Mosaiklinke“ sichtbar.
5. Die Soziale Frage selbst hat sich verändert. Bis in die siebziger Jahre wurde diese Frage von einer politisch artikulierungsfähigen ArbeiterInnenklasse gestellt. Dieses Subjekt hat sich aufgesplittert. Die Soziale Frage hat sich endgültig von der „Arbeiterfrage“ gelöst. Die Fabrik als Ort sozialen Lernens, der Politisierung, der Solidarisierung und der Organisation hat sich grundlegend verändert und ist weitgehend sogar verschwunden. Lohnabhängigkeit und prekäre Selbstständigkeit verteilen sich auf verschiedene Formen der Sozialisierung. Die divergierenden Interessen überwiegen bisher gegenüber den gemeinsamen als Lohnabhängige. Die Sache wird dadurch noch komplizierter, dass in Teilen kapitalistische Lohnarbeit prinzipiell abgelehnt und jede Bezugnahme auf sie für falsch gehalten wird - in anderen Teilen wiederum ihre klassische Form der Fabrikarbeit noch als Ausgangspunkt von Forderungen betrachtet wird. Mit der Entfaltung finanzkapitalistischer und globaler Herrschaftsverhältnisse hat der Neoliberalismus seine Antwort auf die Soziale Frage gegeben. Die Antwort der Arbeiterklasse des 19. Jahrhunderts war die proletarische Klassensolidarität mit ihren Werten und Organisationsformen. Diese Alte Solidarität erwächst aus der Dynamik des Fabriksystems. Die Neue Solidarität, so sie Antwort auf die Soziale Frage im 21. Jahrhunderts sein wird, erwächst aus der Wandlung dieses Systems und den damit verbundenen neuen sozialen Differenzierungen. Die Alte Solidarität beruht vor allem auf dem äußeren und erlebbaren Druck des Organisationsprinzips der Fabrik, die

Neue Solidarität entspricht den viel differenzierteren Wegen der Herrschaftsvermittlung, wie wir sie heute antreffen. Der Differenzierungsprozess unter den Lohnabhängigen, der für die eine Seite mit dem Begriff des Prekariats, für die andere mit Stammebelegschaften usw. beschrieben wird, muss als Ressource für Veränderung verstanden werden. Die Neue Solidarität ist Form ihrer gemeinsamen (Selbst)Organisierung ohne den unmittelbaren Druck des Fabriksystems (der „fordistischen Produktionsweise“) in einer arbeitsteilig globalisierten Gesellschaft. Sie knüpft an die selbstorganisatorischen Potenziale an, die auf verschiedene Art und Weise dem Prekariat wie dem lohnabhängigen Nicht-Prekariat, der Mitte und dem Unten sowie den Akteuren im Globalen Norden wie dem Globalen Süden eigen sind. Sie ist moralischer, politischer und kultureller Kodex dieses Bündnisses. Sie ist a priori nur global möglich, da die Herrschaftsvermittlung tatsächlich global ist. Prekariat und Nicht-Prekariat als Aufhebung der traditionellen Arbeiterklasse verstanden entwickeln in der Neuen Solidarität neue Wege der Gesellschaftsveränderungen, sie kommen in diesem Rahmen zum Bewusstsein ihrer Gemeinsamkeit. Sie muss und kann in viel höherem Maße als die Alte Solidarität Resultat bewusster Aneignung der Welt sein, was sie in viel höherem Maße als kulturelles Projekt setzt. *Die Neue Solidarität ist so entscheidender Motor der Transformation der Gesellschaft. Sie ist nicht Ausdruck der Mangelhaftigkeit des Menschen, sondern seiner Fähigkeit zur Selbstveränderung und Gesellschaftlichkeit, Ausdruck des Reichtums seiner Individualität. Diese Rückbesinnung auf die eigene Fähigkeit zur Gesellschaftsveränderung ist wird durch den Neoliberalismus beständig provoziert - und er muss sie provozieren, will er innovationsfähig bleiben.* Frank Deppe beschrieb diese neue Soziale Frage (bzw. die Richtung ihrer Beantwortung) unlängst folgendermaßen: „Wir werden dafür heute und in der Zukunft kaum problemlos auf historische »Modelle« aus der Geschichte der Arbeiterbewegung zurückgreifen können. Die alte Vorstellung von der Klasseneinheit (die dazu noch stellvertretend durch eine Partei repräsentiert wird) gehört endgültig der Geschichte an. Und auch »die Perspektive einer Rekonstruktion von Arbeitermacht« (mit Blick auf das Industrieproletariat als dem »Kern der Arbeiterklasse«) ist rückwärtsgewandt, keine Zukunftsperspektive. Kollektive

Interessenvertretung der Subalternen wird nur in einem »Block« verschiedener sozialer und politischer Kräfte (von den sozial Ausgegrenzten bis zu Teilen der lohnabhängigen Mittelklassen und der Intellektuellen) möglich sein - in diesem Block werden Gewerkschaften als sozialökonomische und sozialpolitische Interessenvertreter der Lohnabhängigen eine wichtige, aber keineswegs eine privilegierte Rolle spielen (»führende Rolle der Arbeiterklasse«). Die Kunst der Politik wird darin bestehen, innerhalb dieses Blocks Brücken zu bauen, Koalitionen zu bilden, allgemeine Interessen zu artikulieren, die Arbeit, die Analysen der Intellektuellen mit den praktischen Kämpfen zu verbinden, strategiefähig zu werden - das sind gewaltige Anforderungen, die nicht den Köpfen von Intellektuellen entspringen, sondern durch die Verhältnisse selbst vorgegeben sind.“⁵

6. Wir haben im Punkt 5 schon kurz über die Globalität des Sozialen und der Sozialen Frage gesprochen. Die hier skizzierte Problematik erschöpft sich nicht in Organisation und Organisiertheit in einem technischen Sinne. Zentral ist die Kultur der entstehenden Bewegungen selbst, die in ihnen präsenten Werte und die Lebensweise, der sie sich verpflichtet sehen. Das Fehlen eines solchen kulturell-gegenhegemonialen Raumes ist eine der Stärken der neoliberal geprägten Ordnung. Es existieren die verschiedensten Räume, die Anspruch auf Gegenhegemonie artikulieren, sie sind aber fragmentiert. Diese Fragmentierung macht sie unfähig zu Globalität. Konzepte, wie etwa das der Globalen Sozialen Rechte⁶ oder des Sozialökologischen Umbaus⁷ versuchen, durch die Zusammenführung von ökonomischen, sozialen, kulturellen und ökologischen Seiten unter bewusst globalem Gesichtspunkt die bisherigen Begrenztheiten zu überwinden. Auch die Sozialforumsbewegung(en) waren unter diesem Anspruch entstanden. Festzuhalten ist, dass derartige Bewegungen und Diskurse den Neoliberalismus immer wieder zwingen,

⁵ Deppe, Frank: Eine Geschichte von Klassenkämpfen, in: Sozialismus, September 2011, S. 58

⁶ vgl. z.B. Klautke, R./Oehrlein, B. (Hrsg.): Globale Soziale Rechte. Zur emanzipatorischen Aneignung universaler Menschenrechte, Hamburg 2008, S. 8-9

⁷ vgl. z.B. Dellheim, J./Krause, G.: Ansätze für einen sozialökologischen Umbau. Kapiteleinführung; in: dies.: Für eine neue Alternative. Herausforderungen einer sozialökologischen Transformation, Berlin 2008, S. 23f.

„Fenster zu öffnen“. Mit der Domestizierung (etwa der Gender-Frage im Gender Mainstreaming, in der formalen (teilweisen) Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Lebensgemeinschaften, in Grundeinkommenskonzepten) oder der bloßen mehr oder weniger repressiven Tolerierung von Alternativen unterliegt die neoliberale Ordnung einem immer schnelleren Wechsel von Stabilisierung und Destabilisierung. Alle diese Lösungsversuche reproduzieren letztlich in immer schärferer Form grundlegende Widersprüche dieser Gesellschaft. Die Art, wie diese zeitweiligen Lösungen entstehen und welche Rolle dabei linke Bewegungen spielen, ist allerdings auch entscheidend für den Erfolg und die Akzeptanz dieser Bewegungen.

Welche Schlussfolgerungen ergeben sich daraus?

Stärken und Schwächen des Neoliberalismus fließen ineinander. Was gestern das eine war, kann morgen schon das andere sein. Vor diesem Hintergrund müssen wir völlig neu über soziale Sicherung nachdenken: die Akteure haben sich geändert, die Bedingungen haben sich geändert, das Verhältnis Globales-Regionales hat sich geändert, der Staat hat sich verändert, das Soziale selbst hat sich verändert. Die Organisationsweise, die Projekte und die Kultur der Linken haben dem nicht Schritt halten können.

Dabei ist die Veränderung des Staates, der Art und Weise, wie Macht ausgeübt wird zentral. Nur durch staatliche Garantie können erkämpfte soziale Rechte dauerhaft und für alle gewährleistet werden. Starke soziale Bewegungen sind eine Bedingung dafür, aber sie alleine reichen nicht. Es bedarf der Vermittlung in verbindliche und durchsetzbare Regeln und Institutionen, die die Regeln auch mit Sanktionen durchsetzen können. Dabei ist die Universalität sozialer Rechte zu betonen - bisher gibt es keine Mechanismen, die hier den Staat ersetzen könnten. Es gibt natürlich Modelle, aber keine Realitäten, die auf gesellschaftlicher Ebene nachhaltig funktionierten. Das Soziale braucht in diesem Sinne einen starken Staat, der aber unter dem Druck starker sozialer Bewegungen und Gewerkschaften steht. Das ist ein realer und tiefgehender, unlösbarer Widerspruch. Diesem Widerspruch Bewegungsräume zu schaffen - also soziale Rechte zu erkämpfen und in der Praxis durchzusetzen ist nur bei Bewahrung und Fortentwicklung der bürgerlichen Demokratie und in einer breiten Bündnispolitik möglich. Dazu gehört eine

„pädagogische“ Aufgabe - die Beschäftigten in den Verwaltungen bzw. im gesamten öffentlichen Dienst zu gewinnen. Sie sind diejenigen, die praktisch Staatlichkeit durchsetzen und in der Art der Durchsetzung von Staatlichkeit die Realität des politischen Wollens prägen und auch interpretieren. Dazu gehört auch, die Möglichkeiten bürgerlicher Demokratie bis an ihre Grenzen auszuschöpfen, sich in alle möglichen Beteiligungsprozesse hineinzubegeben - sei dies auch im Detail noch so frustrierend.

Die linken Bewegungen müssen auf die skizzierten Stärken und Schwächen reagieren. Die zentrale Frage lautet: was bedeutet soziale Sicherung als solidarische Absicherung im Kontext eines sozialökologischen Umbaus? Wie im 19. Jahrhundert die Frage des 8-Stunden-Tages, also die gesetzliche Begrenzung des Arbeitstages, als Grundbedingung der Sicherung physischen Überlebens und eigener politischer Organisation, steht heute diese Frage in viel höherer Brisanz auf der Tagesordnung. Sinngemäß gilt auch heute, was Marx dazu im Ersten Band des Kapital schrieb: „Zum »Schutz« gegen die Schlange ihrer Qualen müssen die Arbeiter ihre Köpfe zusammenrotten und als Klasse ein Staatsgesetz erzwingen, ein übermächtiges gesellschaftliches Hindernis, das sie selbst verhindert, durch freiwilligen Kontrakt mit dem Kapital sich und ihr Geschlecht in Tod und Sklaverei zu verkaufen. An die Stelle des prunkvollen Katalogs der »unveräußerlichen Menschenrechte« tritt die bescheidne Magna Charta eines gesetzlich beschränkten Arbeitstags, die »endlich klarmacht, wann die Zeit, die der Arbeiter verkauft, endet und wann die ihm selbst gehörige Zeit beginnt«.“⁸

Welche Organisationsformen sind dem entsprechend? Wie schafft man ausgehend von den beschriebenen Stärken und Schwächen des Neoliberalismus Bündnisse - unter den verschiedenen Fraktionen der Lohnabhängigen und prekären Selbstständigen, mit den Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes bzw. von Verwaltungen und auch in das bürgerliche Lager hinein? Welche Räume schaffen sich linke und soziale Bewegungen in einer privatisierten Welt, die für andere auch offen sind? Wie greift man unmittelbar in haushaltspolitische Entscheidungen ein? Wie werden Steuererhöhungen und andere Instrumente der Einnahmeerhöhung durchsetzbar? Wie wird Lebensweise diskutierbar?

Es wächst das Potenzial derer, die sich mit diesen Fragen aus ganz existenziellen Gründen auseinandersetzen müssen. Wie bereits eingangs angedeutet - anders als

⁸ Marx, Karl: Das Kapital, Erster Band in: MEW Bd. 23, S. 320

in den Vorstellungen Neoliberaler bietet die skizzierte Entwicklung immer weniger Wege zurück, wenn man erst einmal gefallen ist. Das Spiel, das Neoliberalismus mit der Angst von Menschen spielt, ist zweischneidig. Es produziert neue Kontrahenten - über alle sozialen Schichten hinweg. Politische Erfahrungen und fachliche Qualifikation bilden immer weniger eine Scheidemarke zwischen BefürworterInnen und GegnerInnen der dominierenden Politik. Ethische Fragen gewinnen an Gewicht. Die Fixierung auf die Haushaltskonsolidierung verengt gleichzeitig die Basis für eine inkludierende Politik und selbst für wirkungsvolle Repression. Die immer schnellere und immer deutlichere Setzung dieses Widerspruches ist momentan die entscheidende Schwäche des Neoliberalismus. Er muss voranstürmen, sich selbst zur Konsequenz treiben und verliert dabei immer mehr die Zeit und die Fähigkeit zu Integration. Der Raub an der Zeitsouveränität der Lohnabhängigen durch Flexibilisierung und Prekarisierung hat physische und psychische Grenzen. Wie lange die über die Finanzmärkte mögliche globale Aktivierung von Ressourcen das kompensieren kann, ist offen.

Lutz Brangsch, August/September 2011